

Die Modernisierungsförderung in Nordrhein-Westfalen Fragen und Antworten zur Modernisierungsrichtlinie - RL MOD



#NRWBau



Die Modernisierungsförderung in Nordrhein-Westfalen Fragen und Antworten zur Modernisierungsrichtlinie - RL MOD

Herausgegeben vom Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen,

in Zusammenarbeit mit der NRW.BANK.

VORWORT

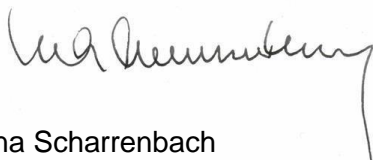
Die meisten Gebäude, in denen die Menschen in Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahrzehnten wohnen werden, sind längst gebaut. Rund drei Viertel aller Wohngebäude sind 40 Jahre und älter. Um aktuellen Wohnbedürfnissen zu entsprechen, müssen sie modernisiert und an zeitgemäße Standards angepasst werden.



Nachhaltig erfolgreiches Modernisieren heißt dabei, die Bedürfnisse und Wünsche der Bewohnerinnen und Bewohner in Einklang zu bringen mit dem bautechnisch Möglichen, mit der wirtschaftlichen Rentabilität und der sozialen Tragbarkeit der Wohnkosten. Dafür hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen mit der Modernisierungsrichtlinie RL Mod ein attraktives Förderangebot geschaffen.

Mit der Modernisierungsförderung können Sie Mietwohnungsbestände genauso wie Ihr Eigenheim oder Ihre Eigentumswohnung bestens für die Zukunft aufstellen.

Ihre



Ina Scharrenbach
Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
A. Was können Sie von der neuen Modernisierungsförderung erwarten?	5
B. Was wird gefördert?	5
C. Wie sind die Konditionen?	6
D. Gibt es Zuschüsse?	6
E. Was müssen selbstnutzende Eigentümerinnen und Eigentümer beachten? .	7
F. Müssen alle Modernisierungsmaßnahmen von Fachunternehmen durchgeführt werden?	7
G. Wie wirkt die Belegungsbindung?	8
H. Was bedeutet die Mietpreisbindung?	8
I. Welche technischen Anforderungen sind zu erfüllen?	9
J. Wie ist die Modernisierungsförderung zu beantragen?	10
K. Wie verläuft das Verfahren?	10
L. Was ist sonst noch zu beachten?	11
M. Wo gibt es weitere Informationen?	11

A. WAS KÖNNEN SIE VON DER NEUEN MODERNISIERUNGSFÖRDERUNG ERWARTEN?

Die Leistungen der Modernisierungsförderung auf einen Blick:

- bis zu 100.000 € je Wohnung/Eigenheim als Darlehen
- 20% des Darlehens müssen nicht zurückgezahlt werden (Tilgungsnachlass).
- 0,0% Zinsen in den ersten 10 Jahren
- sichere Niedrigzinsen über 20 oder 25 Jahre
- Vollfinanzierung aller Kosten: kein Eigenanteil erforderlich
- Auch Instandsetzungen sind förderfähig.
- Höchstmieten nach Modernisierung je nach Mietniveau in der jeweiligen Kommune zwischen 5,00 und 6,80 € pro m² zzgl. der eingesparten Energiekosten (max. 80 Cent pro m²)
- Mietpreis- und Belegungsbindungen für 20 oder 25 Jahre
- Moderate Mieterhöhungen bleiben möglich.

B. WAS WIRD GEFÖRDERT?

Die Modernisierungsförderung ist eine kostenabhängige Darlehensförderung. Gefördert werden die tatsächlich entstandenen Bau- und Baunebenkosten für Modernisierungsmaßnahmen, die

- den Gebrauchswert von Wohnraum nachhaltig erhöhen,
- die allgemeinen Wohnverhältnisse auf Dauer verbessern,
- Barrieren im bestehenden Wohnraum reduzieren,
- die Energieeffizienz von Wohngebäuden erhöhen,
- den Schutz vor Einbruch verbessern,
- bestehenden Wohnraum erweitern und
- ein attraktives und sicheres Wohnumfeld schaffen.

Förderfähige Baunebenkosten sind beispielsweise Planungsleistungen und Energiegutachten, aber auch sozialplanerische Maßnahmen wie Bewohnerbefragungen und die Erstellung von Quartierskonzepten.

Erstmals sind auch Instandsetzungsmaßnahmen förderfähig, wenn sie gleichzeitig mit der Modernisierung durchgeführt werden und nicht den überwiegenden Teil der Gesamtkosten ausmachen.

C. WIE SIND DIE KONDITIONEN?

Zinsen:

0,0% jährlich für 10 Jahre fest, danach 0,5% jährlich bis zum Ablauf von 20 oder 25 Jahren, danach wird marktüblich verzinst. Mit der Wahl der Zinsfestschreibung (20 oder 25 Jahre) legen Sie auch die Dauer der Mietpreis- und Belegungsbindung fest.

Verwaltungskostenbeitrag:

0,4% einmalig und 0,5% jährlich laufend; nach hälftiger Tilgung wird der Beitrag vom halben Darlehensbetrag erhoben.

Tilgung: 2% jährlich

Tilgungsnachlass:

Minderung der Darlehensschuld um 20% zu Beginn der Laufzeit. Der laufende Verwaltungskostenbeitrag sowie Zinsen und Tilgung werden vom reduzierten Darlehensbetrag erhoben.

Grundbuchliche Sicherung:

Beträgt das Förderdarlehen nach Abzug des Tilgungsnachlasses mehr als 15.000 Euro, wird es über eine entsprechende Hypothek im Grundbuch gesichert. Die Sicherung erfolgt nachrangig gegenüber möglichen anderen Eintragungen.

D. GIBT ES ZUSCHÜSSE?

Nein. Die Wohnraumförderung ist eine Finanzierungshilfe in Form zinsgünstiger Darlehen. Allerdings wirkt der Tilgungsnachlass von 20% wie ein Direktzuschuss. Zuschussprogramme für die Gebäudemodernisierung, die keine Darlehensaufnahme voraussetzen, bietet beispielsweise die KfW-Bank.

E. WAS MÜSSEN SELBSTNUTZENDE EIGENTÜMERINNEN UND EIGENTÜMER BEACHTEN?

Auch Eigentümerinnen und Eigentümer, die ihr Haus oder ihre Wohnung für sich oder ihre Angehörigen modernisieren möchten, können dafür die Modernisierungsförderung in Anspruch nehmen. Voraussetzung ist, dass das jährliche Einkommen des selbstnutzenden Haushalts innerhalb einer bestimmten Grenze liegt. aktuellen Einkommensgrenzen können Sie unter folgendem Link abrufen:

<https://www.nrwbank.de/einkommensgrenzen>

Mit dem Rechentool „Chancenprüfer Wohneigentum“ der NRW.BANK können Sie einschätzen, ob in Ihrem Fall die Grundvoraussetzungen vorliegen:

<https://www.nrwbank.de/chancenpruefer>

Für bestimmte Lebensumstände, zum Beispiel bei Schwerbehinderung und Pflegebedürftigkeit, sind ergänzende Abzugsbeträge vorgesehen, die bei der Einkommensermittlung berücksichtigt werden. Für einige Einkunftsarten, zum Beispiel Renten und Beamtenbesoldungen, gelten abweichende Werte. Bitte lassen Sie sich hierzu von Ihrer zuständigen Bewilligungsbehörde beraten. Innerhalb der Stadterneuerungsgebiete der Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ sind keine Einkommensgrenzen einzuhalten.

Solange die verbilligten Förderdarlehen in Anspruch genommen werden – also höchstens 20 oder 25 Jahre lang – muss das geförderte Eigenheim oder die Eigentumswohnung von der Eigentümerin bzw. dem Eigentümer oder von Angehörigen genutzt werden. Wenn das nicht mehr der Fall ist, wird das Darlehen deutlich höher verzinst. Mit der vorzeitigen und vollständigen Rückzahlung der Darlehenssumme – beispielsweise nach einem Verkauf – erlischt diese Verpflichtung. Für die vorzeitige Rückzahlung fallen keine zusätzlichen Kosten an.

F. MÜSSEN ALLE MODERNISIERUNGSMABNAHMEN VON FACHUNTERNEHMEN DURCHGEFÜHRT WERDEN?

Wer Geld sparen will, kann bei der Modernisierung auch selbst Hand anlegen oder Leistungen vom eigenen Unternehmen erbringen lassen. Zwar kann die als Selbsthilfe aufgewandte Arbeitsleistung nicht für die Bestimmung des förderfähigen Gesamt-

betrags angesetzt werden. Die belegbaren Kosten für das bei der Selbsthilfe verbrauchte Material können aber durchaus über das Förderdarlehen finanziert werden. Alle Maßnahmen zur energetischen Verbesserung (z.B. Dämmung, Fenstertausch) müssen von einem Fachbetrieb des Bauhandwerks durchgeführt werden, um Bauschäden (z.B. Schimmelbildung) zu vermeiden.

G. WIE WIRKT DIE BELEGUNGSBINDUNG?

Geförderte Mietwohnungen dürfen nach der Modernisierung nur an Personen vermietet werden, die aufgrund ihres Einkommens einen Wohnberechtigungsschein erhalten. In den Ballungsräumen hat darauf rund die Hälfte der Wohnbevölkerung einen Anspruch. Bestandsmieter können ohne Einkommensprüfung in der Wohnung bleiben oder nach der Modernisierung zurückkehren. In den Stadterneuerungsgebieten der Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ kann die Bewilligungsbehörde auf die Vereinbarung von Belegungsbindungen verzichten, um zu einer besseren sozialen Mischung im Quartier beizutragen.

H. WAS BEDEUTET DIE MIETPREISBINDUNG?

Nach der Modernisierung gelten für geförderte Mietwohnungen Höchstmieten, die sich regional unterscheiden. Jede Gemeinde in Nordrhein-Westfalen ist einem von vier Mietniveaus zugeordnet.

Mietniveau 1:	5,00 €/m ²
Mietniveau 2:	5,30 €/m ²
Mietniveau 3:	5,70 €/m ²
Mietniveau 4:	6,20 €/m ²
Mietniveau 4 plus:	6,80 €/ m ² (Bonn, Düsseldorf, Köln und Münster)

Die Zuordnung der Kommunen zu den Mietniveaus entnehmen Sie bitte [Tabelle 1](#) im Anhang der Wohnraumförderungsbestimmungen. Die genannten Höchstmieten dürfen um den Betrag der Energiekosten erhöht werden, die durch die geförderten Energieeffizienzmaßnahmen eingespart werden, höchstens aber um 80 Cent pro Quadratmeter. Dazu ist die Berechnung eines Energiegutachters erforderlich.

Werden die Heizung und/oder die Warmwasserbereitung für die geförderten Wohnungen nicht vom Eigentümer betrieben, sondern beispielsweise über einen Contracting-Vertrag, wird die Höchstmiete um 20 Cent/m² gekürzt. Ab Fertigstellung der Modernisierung darf die Miete jedes Jahr um 1,5% von der im Förderbescheid festgelegten Bewilligungsmiete erhöht werden (nicht kumulativ).

Beispiel: Für eine geförderte Mietwohnung im Mietniveau 4, etwa in Essen, beträgt die Mietobergrenze 6,20 €/ m². Diese Höchstmiete darf überschritten werden um den Betrag der Energiekosten, die in Folge der energetischen Sanierung rechnerisch eingespart werden. Häufig ist ein Betrag von ca. 50 Cent/m². Die so ermittelte Gesamtmiete von 6,70 €/m² darf in jedem Jahr der Mietpreisbindung, also die 20 oder 25 Jahre bis zum Ende der Zinsverbilligung, um 1,5% erhöht werden.

Im Beispielfall ist das eine jährliche Mietsteigerung von 1,5% von 6,70 €, also von ca. 10 Cent/m². Auch im Folgejahr bezieht sich die 1,5%ige Erhöhungsmöglichkeit nicht auf die schon gesteigerte Miete von 6,80 €/m², sondern weiterhin auf die ursprüngliche Bewilligungsmiete von 6,70 €/m². Die Mieterhöhung führt über die Dauer der Mietpreisbindung von bis zu 25 Jahren also nicht zu einem Zinseszinsseffekt zu Lasten der Mieterinnen und Mieter. Alle genannten Mieten sind Höchstbeträge, die unterschritten werden dürfen. Für Wohnungen, die auf Grund einer Förderung nach II. Wohnungsbaugesetz einer Preisbindung unterliegen, gelten die Bestimmungen des Kostenmietrechts.

I. WELCHE TECHNISCHEN ANFORDERUNGEN SIND ZU ERFÜLLEN?

Die technischen Anforderungen der Modernisierungsförderung orientieren sich an den praktischen Gegebenheiten von Bestandsgebäuden. Für energetische Sanierungen gelten grundsätzlich die Vorgaben der Energiesparverordnung (EnEV). Beim Abbau von Barrieren ist im Rahmen des technisch und wirtschaftlich Vertretbaren die bestmögliche bauliche Lösung für die Bewohnerinnen und Bewohner zu realisieren. Die genauen Vorgaben sind der Anlage 2 der Modernisierungsrichtlinie zu entnehmen.

J. WIE IST DIE MODERNISIERUNGSFÖRDERUNG ZU BEANTRAGEN?

Anträge zur Wohnraumförderung richten Sie bitte an die Kreise und kreisfreien Städte als Bewilligungsbehörden. Dort können Sie sich auch beraten lassen. Welche Behörde für Ihr Vorhaben zuständig ist, können Sie unter folgender Adresse online recherchieren:

www.nrwbank.de/bewilligungsbehörde

Für sehr umfangreiche Maßnahmen, die beispielsweise ganze Wohnquartiere umfassen und mit einem Entwicklungskonzept hinterlegt sind, stellt das Land den Bewilligungsbehörden Sonderbudgets zur Verfügung.

Die Bewilligungsbehörde wird sich in diesem Fall an das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung wenden. Wir laden Sie dann zu einem Beratungsgespräch ein. Das gilt auch für Modernisierungsvorhaben in Großwohnsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre. Hier sind spezielle Fördervoraussetzungen zu erfüllen, die Sie bitte der [Anlage 3](#) der Modernisierungsrichtlinie entnehmen.

K. WIE VERLÄUFT DAS VERFAHREN?

Die Förderdarlehen werden in einem zweistufigen Verfahren bewilligt: Sie reichen Ihren Antrag beim Kreis oder der kreisfreien Stadt ein, wo sich das zu modernisierende Gebäude befindet. In einer ersten Stufe prüfen diese als Bewilligungsbehörden die förderrechtlichen und technischen Voraussetzungen. Bei vermieteten Objekten wird zusätzlich eine Bonitätsprüfung von der NRW.BANK durchgeführt. Nach positivem Abschluss dieser Prüfungen erteilt die Bewilligungsbehörde eine Förderzusage. In einem zweiten Schritt schließt die NRW.BANK einen Darlehensvertrag mit Ihnen ab und steht Ihnen für alle Fragen rund um die Auszahlung und Rückzahlung zur Verfügung.

Die Auszahlung erfolgt in der Regel in zwei Raten. Für die Modernisierung von Mietwohnungen werden 30% bei Beginn der Maßnahme und 70% nach Fertigstellung und abschließender Prüfung der Kostennachweise (z.B. Handwerkerrechnungen) gezahlt. Liegt das Darlehen unter 15.000 Euro, erfolgt die Auszahlung in zwei Raten zu je 50%. Das gilt auch für die Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum.

L. WAS IST SONST NOCH ZU BEACHTEN?

Es können keine Maßnahmen gefördert werden, mit denen schon vor der Förderzusage begonnen wurde. Auch Aufträge an die ausführenden Firmen dürfen noch nicht erteilt worden sein.

Unverbindliche Kostenvoranschläge oder qualifizierte Kostenaufstellungen benötigen Sie für die Antragsstellung. Diese dürfen Sie selbstverständlich einholen.

M. WO GIBT ES WEITERE INFORMATIONEN?

Die Modernisierungsrichtlinie mit den Anlagen ist online unter folgender Adresse einsehbar:

https://www.mhkgb.nrw/sites/default/files/media/document/file/Modernisierungsrichtlinie_RL_Mod_2019_on.pdf

Die Wohnraumförderungsbestimmungen sind online unter folgender Adresse einsehbar:

https://www.mhkgb.nrw/sites/default/files/media/document/file/Wohnraumfoerderungsbestimmungen_2018_22_2019_03_14_on.pdf

Die NRW.BANK bietet ihrerseits nützliche Informationen zur Wohnraumförderung unter folgender Internetadresse:

<http://www.nrwbank.de/wohnen>

Weitere Beratung und Information erhalten Sie bei der örtlich zuständigen Bewilligungsbehörde. Die Kontaktdaten können Sie online recherchieren:

www.nrwbank.de/bewilligungsbehörde

Oder Sie wenden sich direkt an das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Gleichstellung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Jürgensplatz 1, 40219 Düsseldorf
E-Mail: info@mhkbw.nrw.de
www.mhkbw.nrw

Kontakt

Referat „Konzeption und Umsetzung der Wohnungsbestandsförderung“
Rita Tölle
E-Mail: rita.toelle@mhkbw.nrw.de
Tel.: 0211 / 8618 5535

Oliver Schreiber
E-Mail: oliver.schreiber@mhkbw.nrw.de
Tel.: 0211 / 8618 5536

© April 2019 / MHKBG

Die Druckfassung kann heruntergeladen werden:
www.mhkbw.nrw.de/publikationen
Veröffentlichungsnummer **W-234**

Haftungsausschluss

Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte wird jedoch keine Gewähr übernommen.

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und -werbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einfügen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Publikation durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Veröffentlichung der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.